frauen
/ruhr/
geschichte

„Die Masse der Frauen … verlangen nicht länger nur Objekt zu sein …“ Witten und das Frauenwahlrecht

Witten und das Frauenwahlrecht

Im Ruhrgebiet, das damals rheinisch-westfälisches Industriegebiet genannt wurde, gab es zahlreiche Positionen der Frauenstimmrechtsbewegung: gemäßigte, katholische, national-protestantische und radikale. Die Sozialdemokratinnen galten ihnen zumeist als Gefahr für Sitte und Anstand, Volk und Vaterland. Besonders schwer wog, so Pfarrer Carl Leich 1914, deren „Feindschaft gegen alle, die menschlichem und göttlichem Gesetz untertan bleiben wollten“.[1] Einzig Frauen und Männer, die sich als sogenannte Radikale verstanden, weil sie sich den Ideen der Aufklärung verpflichtet fühlten, solidarisierten sich mit der seit 1891 programmatisch verankerten SPD-Forderung nach allgemeinen, freien und gleichen Wahlen. Diese „Radikalen“ waren zumeist im Verein Frauenwohl aktiv, der gegründet wurde mit dem Ziel, „der Frauenbewegung Boden“ zu verschaffen.[2] Zweigvereine wurden 1902 sowohl in Essen als auch in Witten gegründet, der Hauptsitz befand sich seit 1888 in Berlin.

Verein Frauenwohl

Er war ein nicht konfessionell-gebundener, (groß-)bürgerlicher Verein, der neben einer Auskunfts- und Beratungsstelle für Frauen unter anderem Kinderhorte unterhielt. Er zählte in Essen rund 200 Mitglieder, unter anderen Bertha Marcus, die durch einen Besuch beim preußischen Kulturminister die Genehmigung zur Gründung der ersten Gymnasialklasse für Mädchen in Essen erwirkt hatte[3] und enge Kontakte nach Witten pflegte. Hier gehörte die stark von den Ideen der Aufklärung beeinflusste **Rebecca Hanf** dem Jüdischen Frauenverein und dem Vorstand des lokalen Vereins Frauenwohl an. Sie initiierte in Witten 1906 eine Rechtsschutzstelle für Frauen und Mädchen sowie eine Berufsberatungsstelle und leitete zudem den Fachverein der Schneiderinnen, deren beauftragte Vertreterin in der Handwerkskammer Dortmund sie wurde.[4] Rebecca Hanf, die mit dem Wittener Bankier Moritz Hanf verheiratet war und sechs Kinder hatte, gehörte damit zu den Frauen, die bereits vor der staatsrechtlichen Gleichstellung eine Funktion in Vertretungsorganisationen ausübten und bürgerschaftliches Engagement und politische Vertretungsfunktion als selbstbestimmte Praxis lebten.

Die Mitglieder des Vereins Frauenwohl hielten große Stücke auf Minna Cauer, die Mitbegründerin des 1902 in Hamburg ins Leben gerufenen Deutschen Vereins für Frauenstimmrecht.[5]Die Entstehung der Vereine Frauenwohl im Ruhrgebiet könnte ein Weg gewesen sein, sowohl frauenorientierte Serviceleistungen wie die genannten Rechtsberatungen und Kinderhorte anzubieten, als auch das Vereinsrecht zu umgehen und die Wahlrechtsfrage zu verfolgen, indem man Minna Cauer und andere Referentinnen zu Vorträgen einlud.[6]

Verschiedene Positionen zum Wahlrecht

In Dortmund hatte sich bereits am 9. März 1910 eine Ortsgruppe des Vereins für Frauenstimmrecht im Hotel Lindenhof mit einem Vortrag der prominenten Minna Cauer gegründet. Cauer kannte die spezifischen Probleme des rheinisch-westfälischen Industriereviers, da sie in den 1860er Jahren in Hamm als Lehrerin gearbeitet hatte. Cauer sprach sich in Dortmund vehement gegen die vielfältigen Wahlrechtsbewegungen aus, die nach der Aufhebung des Vereinsverbots für Frauen am 15. Mai 1908 überall aus dem Boden schossen, forderten doch die meisten Vereine in Rheinland-Westfalen nur ein Wahlrecht „unter den gleichen Bedingungen wie Männer es haben und haben werden“, und blieben damit auf dem Boden des Dreiklassenwahlrechts.[7]

Dazu zählte auch die Deutsche Vereinigung für Frauenstimmrecht, die die Sozialwissenschaftlerin Li Fischer-Eckert 1911 in Hagen initiierte. Fischer-Eckert zielte auf die „staatsbürgerliche Erziehung der Frau und Erweckung ihrer Verantwortlichkeit gegenüber dem Staatsleben“. Auch die Frauen sollten für das Stimmrecht gewonnen werden, die sich „nicht für den Kampf um das allgemeine Wahlrecht festlegen wollten“,[8]weil dieser zu sehr mit der

Sozialdemokratie verbunden werden konnte.

Li Fischer-Eckert hielt sich etwa zu der Zeit für eine soziologische Felduntersuchung in Hamborn auf, eine von der Montanindustrie geprägte Großstadt, deren Einwohnerzahl sich zwischen 1900 und 1911 mehr als verdreifacht hatte, um dort empirisch die wirtschaftliche und soziale Lage von Arbeiterfrauen zu erfassen. Fast 4.000 Fragebögen teilte sie aus und 495 Frauen wurden von ihr im häuslichen Umfeld befragt. Nur eine dieser Frauen war „aus sich selbst heraus bestrebt …, nicht in den Sorgen für den Alltag unterzugehen“ und die einzige, die regelmäßig Zeitung las und „etwas von der Frauenbewegung wusste.“ Allen anderen käme, bedingt durch prekäre Verhältnisse und emotionaler Entwurzelung, „das Leben so zwecklos vor“ – keine pflege ein aktives religiöses oder parteipolitisches Engagement. Das Gefühl von Zurücksetzung und Benachteiligung sitze tiefer als die von ihr beobachtetet materielle Not.[9]

Wichtig waren daher Agitation und rhetorisch versierte Rednerinnen, wie es **Rosi Wolfstein** gewesen sein muss. In Witten geboren und in Hagen durch den „Frauen- und Mädchen-Arbeiterbildungsverein“ politisiert, trat sie dort nach der Aufhebung des Versammlungsverbots für Frauen 1908 der SPD bei. Sie war als begnadete Rednerin bekannt und trat 1913 in Oberhausen, Hamborn, Mülheim und Duisburg auf: „In ihrem Referat führt sie aus, dass ein Umschwung kommunaler Sozialpolitik erst durch die politische Beteiligung sozialdemokratischer Vertretung in den Gemeindeverwaltungen bemerkbar sei. … Die anwesenden Frauen forderte sie auf, rege für die Frauenbewegung bei ihren Nachbarinnen zu agitieren“, so die Niederrheinische Arbeiterzeitung vom 7.11.1913.[10] Rosi Wolfstein wurde 1918 in Düsseldorf als einzige Frau in einen Arbeiter- und Soldatenrat des rheinisch-westfälischen Industriereviers gewählt.[11]

1918 / 1919

Der Ausbruch des Ersten Weltkriegs im August 1914 und die Proklamation eines „Burgfriedens“ zwischen den politisch-konfessionellen Lagern minderten die zum Teil scharfen sozialen, politischen und religiösen Gegensätze für eine kurze Zeit, galt es doch, gemeinsam als patriotische Pflicht die sogenannte Heimatfront zu organisieren.

Vier Jahre später, Anfang November 1918, war die Monarchie gestürzt, überall waren Arbeiter- und Soldatenräte gegründet, die Republik ausgerufen sowie das allgemeine, gleiche und freie Wahlrecht garantiert worden. Am 12. November 1918 entschied der sechsköpfige Rat der Volksbeauftragten aus Mehrheits- (MSPD) und Unabhängigen Sozialdemokraten (USPD), die Wahl zur verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung nach dem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrecht für Männer und Frauen ab 20 Jahren zu vollziehen. Reichspräsident Scheidemann schrieb dazu: „Wir betrachten es als eine der größten Errungenschaften dieses neuen Rechtszustandes, daß nun auch die Frau als gleichberechtigte Volksgenossin in unsere Reihen eingetreten ist.“[12]

Allen Parteien blieb nur wenig Zeit für den Wahlkampf zu den drei ersten demokratischen Wahlen: die Wahl zur Verfassungsgebenden Nationalversammlung am 19. Januar, die zur verfassungsgebenden Preußischen Landesversammlung am 26. Januar und zur Stadtverordnetenwahl Anfang März 1919. Hinzu kamen Wahlen zu kirchlichen Körperschaften, Krankenkassen sowie Berufsverbänden. Im Westfälischen Anzeiger vom 10. Januar 1919 warb der Vorstand der Deutschen Demokratischen Partei für eine Veranstaltung im Hammer Kaiser-Wilhelm-Garten. Dorthin war **Fräulein Oberlehrerin Kromeyer** aus Witten als Kandidatin für die Nationalversammlung gereist und sprach zum Thema: „Die Frau als Wählerin“. Hedwig Kromeyer schaffte es nicht in die am 19. Januar gewählte Verfassungsgebende Nationalversammlung. Deshalb trat sie als Spitzenkandidatin zur Stadtverordnetenwahl am 2. März 1919 an und gehörte der erstmals demokratisch gewählten Wittener Stadtverordnetenversammlung an. Zusammen mit drei weiteren Frauen: **Luise Engelhardt** vom Zentrum, **Berta Schulz** von der Mehrheitssozialdemokratie und **Ottilie Brinkmann** von der Deutschen Volkspartei, die allerdings bereits am 2. Oktober 1920 ihr Amt niederlegte und durch einen Mann ersetzt wurde.

14.522 gültig abgegebene Stimmen brachten der SPD 20 Sitze, dem Zentrum neun, dem Bürgerausschuß sechs, der Deutschen Volkspartei vier, der Deutschen Demokratischen Partei zwei und der Polenpartei einen Sitz. Die vier Frauen hatten es in den – heute würde man Rat sagen – geschafft, weil man ihnen einen guten Listenplatz eingeräumt hatte. Die Witwe Minna Bruno auf Platz 19 des Bürgerausschusses hatte keine Chance, in die

Stadtverordnetenversammlung gewählt zu werden, und die Polenpartei hatte erst gar keine Frau nominiert.

In Witten informierte am 24. Februar 1919 eine öffentliche Frauenversammlung im Vorfeld der Stadtverordnetenwahl über die „Aufgaben der Stadtverwaltung und die Frauen“. Eine Annonce im Wittener Tageblatt gibt einen Einblick in die bürgerliche Frauenöffentlichkeit: Von den 22 genannten Organisationen war der überwiegende Teil konfessionell gebunden und hatte in Wahlrechtsfragen bis vor kurzem ablehnende, konservative bis gemäßigte Positionen vertreten. Einige Organisationen, wie der kaufmännische Verband für weibliche Angestellte, vertrat berufsständische Interessen. Der schon mehrfach genannte Verein „Frauenwohl“ stand für den radikalen Flügel der bürgerlichen Bewegung.

Die Region Westfalen war für die nun anstehenden Wahlen in zwei Wahlkreise unterteilt: in den Wahlkreis 17, Westfalen-Nord, der das Gebiet Münster, Minden und Schaumburg-Lippe umfasste, und in den Wahlkreis 18, der das Gebiet des heutigen Regierungsbezirks Arnsberg umfasste. Diesen Wahlkreis vertraten in der Verfassungsgebenden Nationalversammlung zwei Frauen: Agnes Neuhaus aus Dortmund für das Zentrum und Clara Bohm-Schuch für die MSPD, die allerdings nicht in Westfalen, sondern in Berlin lebte.

Unter den insgesamt 428 Abgeordneten des ersten, 1921 gewählten Preußischen Landtages befanden sich 40 Frauen, darunter sieben aus Westfalen-Süd: für die MSPD Anna Lex aus Dortmund, für die USPD Anna Oventrup aus Hagen, für die KPD Rosi Wolfstein, für die DDP Martha Dönhoff – beide aus Witten –, für das Zentrum Sibylla Eickelboom und für die DNVP Elisabeth Spohr aus Mönchen-Gladbach. Mit Else Giese vom Zentrum aus Bottrop befand sich zudem eine Abgeordnete aus Westfalen-Nord im ersten Preußischen Landtag.[13]

Drei überregional wirkende Wittenerinnen

Überregional machten auf dem politischen Parkett drei Wittenerinnen von sich reden: **Berta Schulz**, 1878 in Wetter geboren, seit 1906 Mitglied der SPD,[14] wurde in die erste Wittener Stadtverordnetenversammlung gewählt. Sie zog wenig später nach Herne, wo sie von 1924 bis 1933 ebenfalls der Stadtverordnetenversammlung angehörte. Von 1920 bis 1933 wirkte sie als Vorsitzende der Arbeiterwohlfahrt in Herne und im Bezirk Bochum sowie als Vorsitzende der sozialdemokratischen Frauen des Unterbezirks Bochum. Im Juni 1920 rückte sie in den Reichstag nach, dem sie bis 1933 angehörte. Von 1919 bis 1933 war sie zudem Mitglied des zentralen SPD-Parteiausschusses.[15]

Martha Dönhoff, 1875 als 10. Kind eines Brauereibesitzers in Witten geboren, hatte zusammen mit Rebecca Hanf den Verein Frauenwohl in Witten gegründet, der – wir hörten es bereits – der radikalen Frauenbewegung zuzuordnen war, weil sich dort Frauen und Männer versammelten, die eine Geschlechtergleichheit als Menschenrecht forderten. Dönhoff unterhielt vielfältige Kontakte zur reichsweiten und internationalen Frauenbewegung, der sie zum ersten Mal bei einem Aufenthalt in München begegnet war.[16] Der Verein Frauenwohl hatte u. a. 1903 die Zulassung von Frauen zur öffentlichen Armenpflege erwirken können. Martha Dönhoff war von 1911 bis 1933 Vorsitzende des Rheinisch-Westfälischen Frauenverbandes und wurde als Kandidatin auf Platz 2 der Landesliste der Deutschen Demokratischen Partei in die verfassungsgebende Preußische Landesversammlung gewählt. Sie war Mitglied im Parteivorstand und von 1920 bis 1932 Vorsitzende des Reichsfrauenausschusses der DDP. Von 1919 bis 1932 wirkte sie im Ausschuss für Bevölkerungspolitik des Preußischen Landtags [17]

Als dritte Persönlichkeit ist **Rosi Wolfstein** zu nennen, von der folgende flammende Rede vom 16. Juni 1921 überliefert ist: „Wenn uns nun die Herren hier vorwerfen, die Frauen … seien körperlich ungeeignet, könnten nicht logisch denken, … so müssen wir sagen: … als es sich darum handelte, während des Kriegs die Frauen zu Kranführerinnen, Lastträgerinnen, Steinschlepperinnen, Granatendrehrinnen zu bekommen, da haben Sie von ihrer körperlichen Ungeeignetheit nichts gewußt. … Die Masse der Frauen … verlangen nicht länger nur Objekt zu sein, sie wollen ausüben die Rechte, die ihnen in der Verfassung zugesichert sind, sie wollen nicht mehr wegen einer angeblichen Unfähigkeit von irgendwelchen Berufen oder irgendwelchen Ämtern ausgeschlossen werden.“[18]

Eine Forderung, die bis heute nicht an Aktualität verloren hat.

1. Carl Leich, Erinnerungen aus meinem Leben, Gelsenkirchen 1914, S. 187.
2. Erster Jahresbericht des Vereins Frauenwohl Essen-Ruhr 1903, S. 3. Stadtarchiv Essen 854/2304.
3. Stadt Essen / Historischer Verein für Stadt und Stift Essen e.V. (Hg.): Essener Köpfe, Essen 2015, S. 235.
4. Vgl. Martina Kliner-Fruck, Rebecca Hanf, 1863-1944
5. So für Essen dokumentiert. Siehe 8. Jahresbericht des Vereins Frauenwohl Essen-Ruhr 1910, S. 4. Stadtarchiv Essen 854/2304; vgl. auch für Dortmund Hanne Hieber, Die Frauenstimmrechtsbewegung in Dortmund, in: Heimat Dortmund 1/2008, S. 42-47.
6. Zu Minna Cauer siehe z. B. auf der Website des Lebendigen Museums Online (Zugriff am 27.02.2019)
7. Anna Lindemann, Die Frauenstimmrechtsbewegung in Deutschland, Leipzig und Berlin 1913, S. 166, einsehbar im Deutschen Textarchiv (Zugriff am 27.02.2019)
8. Anna Lindemann, ebd. S. 165.
9. Elisabeth Heid und Ludger Heid (Hg.): Li Fischer-Eckert. Die wirtschaftliche und soziale Lage der Frauen in dem modernen Industrieort Hamborn im Rheinland, Duisburg 1986, S. 133 ff.
10. Niederrheinische Arbeiterzeitung, 7.11.1913, siehe auch Elisabeth Heid und Ludger Heid: „Man kommt nicht als Frau zur Welt, man wird dazu gemacht!“ Akzente des Alltags Hamborner Arbeiterfrauen 1913, in: dieselben (Hg.): Li Fischer-Eckert, S. 12 f.
11. Hermann Weber, Rosi Wolfstein: Eine zweite Rosa Luxemburg, in: Wittener. Biografische Porträts, Bd. 1, Witten 2000, S. 118-124, hier S. 121.
12. Ed Heilfron (Hg.), Die Deutsche Nationalversammlung im Jahre 1919 in ihrer Arbeit für den Aufbau des neuen deutschen Volksstaates, Bd. 1, Berlin 1920, Tafel 17; Dank an Michael Kordes vom Stadtarchiv Recklinghausen für diesen Hinweis und die Abbildung.
13. Siehe hierzu Barbara von Hindenburg, Biographisches Handbuch der Abgeordneten des Preußischen Landtags: Verfassunggebende Preußische Landesversammlung und Preußischer Landtag 1919–1933, 3 Bände, Bern 2017.
14. Der Hinweis auf die Parteizugehörigkeit seit 1906 findet sich unter Berta Schulz im BIOPARL (Biografien deutscher Parlamentarier 1848 bis heute) in der Datenbank BIORAB-Weimar („Abgeordnete in der Nationalversammlung und den deutschen Reichstagen 1919-1933“), siehe http://zhsf.gesis.org/biorabwr_db/biorabwr_db.php (Zugriff am 27.2.2019)
15. Vgl. Berta Schulz in: Sozialdemokratische Parlamentarier in den deutschen Reichs- und Landtagen 1876-1933 im BIOPARL (Biografien deutscher Parlamentarier 1848 bis heute), http://zhsf.gesis.org/biosop_db/biosop_db.php (Zugriff am 27.2.2019).
16. Vgl. Barbara von Hindenburg, Die Abgeordneten des Preußischen Landtags 1919-1933. Biographie – Herkunft – Geschlecht, Frankfurt a.M. 2017, S. 286.
17. Barbara von Hindenburg, Die Abgeordneten des Preußischen Landtags, ebd. S. 287.
18. Zitiert bei Klaus-Dieter Vinschen, Rosi Wolfstein-Fröhlich, in: Ludger Heid (Hg.), Juden und deutsche Arbeiterbewegung bis 1933. Soziale Utopien und religiös-kulturelle Traditionen, Tübingen 1992, S. 165-176, S. 173. Siehe auch Elke Stolze, „Newcomerinnen“ in den Parlamenten: Politikerinnen in der Weimarer Republik, www.lwl.org/westfaelische-geschichte/portal/Internet/finde/langDatensatz.php?urlID=916&url_tabelle=tab_websegmente#FN33 (Zugriff am 27.02.2019) und „Alles kritisch nachprüfen …“. Rosi Wolfstein – eine der bedeutendsten Frauen der Arbeiterbewegung, in: AK Frauengeschichte Witten (Hg.), Wittener Frauengeschichte(n). Dokumentation anläßlich einer frauengeschichtlichen Stadtrundfahrt, Witten 190, S. 39-41 , Foto Jürgen Hoffmann.

Abeck, Susanne / Schmidt, Uta C., „Die Masse der Frauen … verlangen nicht länger nur Objekt zu sein …“ Witten und das Frauenwahlrecht, Version 10,
in: frauen/ruhr/geschichte, 01. 03. 2019
https://www.frauenruhrgeschichte.de/frg_wiss_texte/1816/